

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Christine Aschenberg-Dugnus, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Reginald Hanke, Markus Herbrand, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP**

### **Unterstützung in der Heuschreckenplage**

Seit Anfang 2019 bedrohen Heuschreckenschwärme in Ostafrika die Ernährungssicherheit von über 40 Millionen Menschen (<https://www.zeit.de/2020/27/heuschreckenplage-ostafrika-nordafrika-landwirtschaft/seite-2>). Seit Februar 2020 leistet die Bundesregierung finanzielle Hilfe, nachdem die Ernährungs- und Landwirtschaftsbehörde der Vereinten Nationen (FAO) bereits im Juli 2019 einen General Appeal (<http://www.fao.org/news/story/en/item/1203003/icode/>) herausgab und um Unterstützung bat. Seither wurden zahlreiche weitere länder- und regionenspezifische Warnungen und Appeals veröffentlicht. Angesichts der von der FAO derzeit befürchteten Ausweitung der Heuschreckenplage über den Sahel bis nach Westafrika (<http://www.fao.org/ag/locusts/en/info/info/index.html>, Stand: 21. Juli 2020) sind aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller eine enge Überwachung der Situation sowie frühzeitiges Handeln zwingend notwendig. Ohne eine effektive Bekämpfung der Heuschreckenplage und eine Versorgung der betroffenen Menschen mit Nahrungsmitteln droht eine humanitäre Katastrophe, von der über 17 Millionen Menschen betroffen sein können (<http://www.fao.org/3/ca9234en/CA9234EN.pdf>).

Nach eigenem Bekunden verfolgt die Bundesregierung u. a. eine vorhersagenbasierte humanitäre Hilfe. Mit der Unterstützung des Forecast-based Financing der Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen soll humanitäre Hilfe bereits vor Schadenseintritt geleistet werden können: „Antizipation statt Reaktion“ sei das Motto (<https://www.forecast-based-financing.org/de/ueber-fbf/>). Die Bundesregierung charakterisiert diesen Ansatz in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fragestellerinnen und Fragesteller als „innovatives Instrument“ (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Deutschlands Engagement auf dem Gebiet der vorhersagebasierten humanitären Hilfe“ auf Bundestagsdrucksache 19/17391), das das Potenzial habe, „durch vorausschauendes Handeln drohende humanitäre Bedarfe gezielt zu reduzieren, mehr Menschenleben zu retten und unnötiges menschliches Leid zu vermeiden. Bei weltweit steigenden humanitären Bedarfen kann vorhersagebasierte humanitäre Hilfe darüber hinaus einen Beitrag zu effizienterem und effektiverem Einsatz begrenzter Mittel leisten“ (ebd., Antwort zu Frage 1).

Neben der Unterstützung multilateraler Projekte verfügt die Bundesregierung auch über eigene Anwendungen, mit denen humanitäre und soziale Krisen bis hin zu Konflikten frühzeitig erkannt werden sollen: Die Eskalationspotenzialanalyse des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das softwarebasierte Vorhaben IT-U KFE des Bundesministeriums der Verteidigung und PREVIEW im Auswärtigem Amt. Mit Letzterem steht dem Auswärtigen Amt seit 2018 ein datenbasiertes Monitoring-System zur Verfügung, das Daten und Informationen aus öffentlichen Quellen übersichtlich aufarbeiten und die Entscheidungsprozesse im Auswärtigen Amt handhabbarer machen soll, so die Vertreter des Auswärtigen Amtes am 20. März 2019 auf der parlamentarischen Präsentation des Programms. Ein dezidiertes Ziel sei, so das Auswärtige Amt in einer mündlichen Unterrichtung der Fragestellerinnen und Fragesteller im Juni 2019, die Ermittlung von Ereigniswahrscheinlichkeiten und das Länder-Medien-Monitoring aus der Zentrale des Auswärtigen Amtes sowie, nach Einführung, in den Auslandsvertretungen vor Ort.

Betrachtet man die aktuell in Ostafrika, Teilen des Nahen und Mittleren Osten sowie dem indisch-pakistanischen Grenzgebiet auftretende Heuschreckenplage, zeigen sich weitere Bereiche, in denen vorhersagebasierte Hilfs- bzw. Vorbeugemaßnahmen zielführend sein können. Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller könnte dazu auf bestehende Werkzeuge zurückgegriffen und diese weiterentwickelt werden. Experten sind sich einig, dass die im Jahr 2019 auftretenden Wirbelstürme mitursächlich für die explosionsartige Verbreitung der Heuschrecken sind (<https://www.zeit.de/2020/27/heuschreckenplage-ostafrika-nordafrika-landwirtschaft>). Die FAO berichtet derzeit über die Präsenz erwachsener Heuschrecken in Südmauretanien (<http://www.fao.org/ag/locusts/en/info/info/index.html>) und ruft zur finanziellen Unterstützung für die Überwachung und Verhinderung der Ausbreitung über Zentral- nach Westafrika auf. Auf die Schriftliche Frage 24 des Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann gab die Bundesregierung bekannt, auf den FAO-Hilfsaufruf in Höhe von 50 bis 75 Mio. US-Dollar aus Mai 2020 mit zusätzlichen Mitteln von 1 Mio. Euro für die Beobachtung und Bekämpfung von Heuschrecken reagiert zu haben (vgl. Bundestagsdrucksache 19/21248).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Projekte im Bereich Monitoring, Frühwarnung und „Early Action“ unterstützt die Bundesregierung seit 2014, um die Gefahr von Heuschreckenplagen frühzeitig zu identifizieren und die Auswirkungen, z. B. Hungersnöte, durch eine rechtzeitige und effiziente Bekämpfung der Plage zu minimieren (bitte nach Ressort, Höhe und Laufzeit aufschlüsseln)?
2. Sind Insektenplagen, die u. a. durch starke Regenfälle, Wanderungsbewegungen großer Schwärme und dem Vorhandensein von ausreichend Nahrung während der Ernte- bzw. Monsunzeit begünstigt werden, aus Sicht der Bundesregierung vorhersagbar?

Falls ja, welche konkreten Frühwarnindikatoren gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für entsprechende Plagen, und sind diese für ein Projekt der vorhersagebasierten humanitären Hilfe geeignet?

3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass eine drei- bis vierwöchige „Reifezeit“ von Heuschrecken, in der die Insekten noch nicht fliegen können und somit laut Aussagen von Experten gut am Boden bekämpfbar sind, ausreichend Zeit bietet, um Hilfe zur Bekämpfung zu leisten, und ist diese Zeitspanne nach Ansicht der Bundesregierung nach aktuellem Stand der Technik vorhersagbar?

4. Haben die bestehenden Frühwarnindikatoren, auf die die Bundesregierung zugreifen kann, auf das Vorhandensein von Heuschrecken bzw. deren Larven in Ostafrika hingewiesen?

Falls ja, wann hat die Bundesregierung erstmals Kenntnis über die Verbreitung der Heuschrecken über die arabische Halbinsel hinaus erlangt?

5. Laufen nach Kenntnis der Bundesregierung schon internationale Projekte im Gebiet der vorhersagebasierten humanitären Hilfe in Fällen von Insektenplagen?

Wenn ja, welche Maßnahmen oder Projekte werden durch Mittel der Bundesregierung finanziert?

6. Auf welcher Grundlage, Vorhersage, Berechnung o. Ä. hat die Bundesregierung die Finanzierungszusage von 1 Mio. Euro an die FAO aus Mai 2020 berechnet und getätigt?

7. Erachtet die Bundesregierung, ergänzend zur Antwort auf die Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 19/21248, weitere Maßnahmen für notwendig, um die Ausbreitung der Heuschrecken nach Westafrika zu verhindern?

Falls ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung konkret?

Falls nein, warum nicht?

8. Welches Potenzial bietet die vorhersagebasierte humanitäre Hilfe für die Linderung menschlichen Leids durch Ernteverluste und Hunger durch Insektenplagen?

9. Zielt die vorausschauende humanitäre Hilfe der Bundesregierung auch auf die mittelbaren Folgen der vorhergesagten Schadensereignisse wie Verbreitung von Krankheiten oder Ernteauffälle in Folge von z. B. Überschwemmungen oder Dürren?

Falls nein, bitte begründen.

10. Können die von der Bundesregierung (mit-)finanzierten Systeme der vorhersagebasierten humanitären Hilfe des Welternährungsprogramms, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften oder des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten dank bestehender Frühwarnindikatoren bereits vor nicht unmittelbar wetterbedingten Schadensereignissen warnen, die zu humanitären Krisen führen können?

11. Bei welchen nicht-wetterbedingten Schadensereignissen konnte die Bundesregierung dank bestehender Vorhersagesysteme vorausschauende humanitäre Hilfe leisten?

12. Unterstützt oder plant die Bundesregierung aktuell Projekte für die Entwicklung von Frühwarnprotokollen und Frühwarnindikatoren, und vor welchen Schadensereignissen sollen diese Pilotprojekte warnen?

13. Welche Auslandsvertretungen sind an das PREVIEW-System des Auswärtigen Amtes angeschlossen, und welche Mitarbeiter, sofern dieser Beschränkungen unterliegt, haben Zugriff?

14. Bietet das Auswärtige Amt anderen Ressorts der Bundesregierung Zugriff auf das PREVIEW-System bzw. dessen Ergebnisse?

Falls nein, wieso nicht?

15. Plant die Bundesregierung, den Zugriff für weitere Auslandsvertretungen bzw. Ressorts anzubieten?  
Falls ja, in welchem Zeitraum?
16. Hat sich das Konzept des PREVIEW-Systems, das Daten für die Aufarbeitung durch Mitarbeiter des Auswärtigen Amts übersichtlich aufbereiten bzw. darstellen soll, nach Ansicht der Bundesregierung bewährt, und plant die Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Analysefähigkeiten des Systems?
17. Wie hoch sind die bislang entstandenen Kosten für PREVIEW einschließlich einmaliger Kosten wie Anschaffung der notwendigen Hard- und Software und laufender Kosten wie Lizenzgebühren und Personalkosten?

Berlin, den 14. August 2020

**Christian Lindner und Fraktion**